

Eine wichtige Initiative, die unserer Unterstützung bedarf

Jürgen Zenker

Mit Datum vom 18. März 2015 brachten die Bundestagsfraktionen der LINKEN und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag in den Bundestag ein, der die baldige Ratifikation des Fakultativprotokolls zum UN-Sozialpakt zum Ziel hat. (vgl. Drucksache 18/4332).

Dieser Antrag war notwendig, weil es Deutschland bisher versäumt hat, sich dem Fakultativprotokoll anzuschließen. Die UN-Vollversammlung hat mit Resolution 63/117 vom 10. Dezember 2008 ohne Abstimmung das genannte Protokoll angenommen. Deutschland war sogar Koautor des Resolutionsentwurfs. Es wäre also folgerichtig gewesen, den nächsten Schritt zu tun, das Fakultativprotokoll zu unterzeichnen und zu ratifizieren. In der Zwischenzeit ist es am 5. Mai 2013 in Kraft getreten. Und noch immer zögert die Bundesregierung, sich zum Beispiel Frankreich und anderen EU-Staaten anzuschließen und Partner des Protokolls zu werden.

Aus zivilgesellschaftlicher Sicht enthält das Fakultativprotokoll Regelungen, die dazu beitragen können, menschenrechtliche Defizite in unserem Lande abzubauen bzw. zu beseitigen. Zu nennen sind insbesondere zwei Verfahren, ein internationales Beschwerdeverfahren und ein Untersuchungsverfahren.

Das internationale Beschwerdeverfahren sieht vor, dass Einzelpersonen oder Personengruppen dem UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte Mitteilungen übersenden können, wenn sie Opfer von Verletzungen von Rechten sind, die im Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte enthalten sind. Die Möglichkeit, Mitteilungen zu übersenden, setzt allerdings voraus, dass der nationale Rechtsweg ausgeschöpft sein muss.

Der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, das Gremium, das

die Mitteilungen prüft und darüber entscheidet, hat im Falle Deutschlands mehrfach in abschließenden Bemerkungen vom 4. Dezember 1998, vom 24. September 2001 und vom 12. Juli 2011 menschenrechtliche Defizite benannt und konkretes Handeln verlangt, um Fortschritte zu erreichen. Es wäre also wahrscheinlich, dass er im Falle von Mitteilungen beispielsweise zum Recht auf soziale Sicherheit Entscheidungen trifft, die seinen Forderungen in abschließenden Bemerkungen entsprechen.

Was das Untersuchungsverfahren betrifft, so erscheint es denkbar, menschenrechtliche Aspekte der Hartz-IV-Gesetzgebung zu einem möglichen Gegenstand zu machen.

Die Bundesregierung hat ihre bisherige Haltung der Verschleppung einer positiven Entscheidung zur Partnerschaft im Fakultativprotokoll zum Sozialpakt damit gerechtfertigt, dass sie sich noch in einem Prüfprozess befindet. Jetzt bietet der Antrag vom 18. März 2015 die Gelegenheit, der Positionsbildung den entscheidenden Impuls zu verleihen, um eine längst überfällige Entscheidung zu treffen. Das läge im Interesse deutscher Glaubwürdigkeit in Menschenrechtsfragen. Das schließt ein, dass ein Beitritt ohne Vorbehalte erfolgt.

Seit Einbringung des rot-grünen Antrags sind nunmehr bereits fünf Monate verstrichen. Entschieden wurde die Überweisung an Ausschüsse. Die inhaltliche Behandlung steht bevor und sollte im Kontakt der Mitglieder des Bundestages auch mit den Organisationen der Zivilgesellschaft erfolgen, um dem Menschenrechtsrat bei der 3. UPR-Berichterstattung eine positive deutsche Entscheidung mitteilen zu können.

**Unser Autor war von 1960 bis 1990
Mitarbeiter im Außenministerium der**

Nicolás Maduro, der Präsident von Venezuela zur Flüchtlingsbewegung:

Die europäischen Mächte seien „von dieser Lage vollkommen überfordert“ und würden deshalb „falsche Entscheidungen“ treffen. „Wir“ (die Bolivarische Allianz für alle Völker Unseres Amerikas – ALBA – w.k.) müssen ihnen die Hand geben, unsere Unterstützung anbieten, denn sie fliehen vor Hunger und Elend.“ ... „So erfüllen wir unsere Verpflichtung, dem Essen zu geben, der hungrig, und den zu umarmen, der friert – im Sinne von Christus und im Sinne von Chávez und Fidel.“

3. Oktober 2015

„Alternative Einheitsfeier 2015“

Protestveranstaltung des
Ostdeutschen Kuratoriums
von Verbänden e. V.

Am Sonnabend, 3. Oktober
2015 von 10–12 Uhr in der UCI-
Kinowelt, Landsberger Allee 52,
10249 Berlin-Friedrichshain.

Zu erreichen mit den Straßenbahnlinien 5, 6 und 8 bis „Klinikum im Friedrichshain“. Kostenloses Parken im Parkhaus der UCI-Kinowelt möglich.

Programm:

Sprechen werden:

Prof. Dr. Karl Döring, ehem. Generaldirektor des VEB Bandstahlkombinat „Hermann Matern“ Eisenhüttenstadt und späterer Vorstandsvorsitzender der EKO Stahl AG;

Klaus Eichler,

Sport und Gesellschaft e. V.;

Dr. Peter Michel (per Video), Kulturwissenschaftler und Sprecher des Arbeitskreises Kultur in der GBM e. V.
Es wirken mit:

Renate Richter-Wekwerth,

Schauspielerin

Günter Herlt,

Autor beim Eulenspiegel-Verlag

Agitprop Hannover

Mit einer Leinwand-Präsentation wird optisch und musikalisch durch das Programm geführt.

Karten für diese Veranstaltung zum Preis von

5 Euro

können ab sofort telefonisch, schriftlich oder persönlich in folgenden Geschäftsstellen bestellt bzw. gekauft werden.

OKV e. V. Dienstags, 10–12 Uhr, Franz-Mehring-Platz 1 (nd-Gebäude), 10234 Berlin, Raum 630, Bestellung nur über E-Mail: info@okv-ev.de oder redaktion@okv-ev.de;

GBMe. V. Montag bis Donnerstag, 9–16 Uhr, Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin, Tel.: 030/5578397, Fax: 030/5556355, E-Mail: gbmev@t-online.de;

GRH e. V. Dienstag und Donnerstag, 9–16 Uhr, Franz-Mehring-Platz 1 (nd-Gebäude), 10234 Berlin, Raum 342, Tel.: 030/29784225, verein@grh-ev.org;

ISOR e. V. Dienstag und Donnerstag, 9–15 Uhr, Franz-Mehring-Platz 1 (nd-Gebäude), 10234 Berlin, Raum 318, Tel.: 030/29784315, ISOR-Berlin@t-online.de

**Verkauf auch am gleichen Tag
im Veranstaltungsort**

Zum Aufruf „Soldaten für den Frieden“

Nach dem Aufruf „Soldaten für den Frieden“, initiiert vom „Verband zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR“ sowie der „Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR“ haben sich weitere namhafte Persönlichkeiten und Organisationen mit Erklärungen für den Frieden an die Öffentlichkeit gewandt, darunter der „Willy-Brandt-Kreis“ am 21. Juli 2015 mit einer bedeutsamen Erklärung.

„Zum bedrohten Frieden – für einen neuen europäischen Umgang mit der Ukraine-Krise“

Diese Erklärung ist im Internet zugänglich: <http://www.nachdenkseiten.de> und ist auch im Heft Nr. 175 der Deutschen Sektion des Europäischen Friedensforums epf in der „Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) e.V. publiziert worden. Wir verweisen auf diese Quellen und teilen gleichzeitig mit, dass wir diese Erklärung auch auf unsere Internetseite eingestellt haben, um ihre Verbreitung zu unterstützen.

Zwischenergebnis

Der Osten ist jetzt sicheres Herkunftsland!
Zeichnung Arno Funke aus Eulenspiegel 9/15



Einladung

Das diesjährige Altmarktreffen der

TIG Salzwedel, Stendal, Prignitz, Gardelegen und Klötze

findet am 26. September 2015 – in Jeggeleben, Altmarkkreis Salzwedel,
Gaststätte „Feine Sache“ statt.

Beginn 13 Uhr, Ende gegen 17.30 Uhr

Der Vorsitzende der ISOR, Horst Parton, wird über die aktuelle Lage des Kampfes gegen das Rentenunrecht sprechen und steht in der Diskussion für Fragen der Gäste zur Verfügung.

Die musikalische Umrahmung übernehmen DJ Amft und ein Frauenchor aus Salzwedel.

Auf eigene Kosten kann ein Mittagessen eingenommen werden.

Der Kostenbeitrag für die Veranstaltung beträgt acht Euro pro Person.

Telefonische Anmeldungen bitte möglichst bis zum 15. September an
Willfrid Romatschke 039035/721 oder Heinz Fischbeck 003901/423409

Lesenswert

Erich Buchholz „Bürger ohne Macht? Teilhabe unerwünscht – wie unser „Rechtsstaat“ sein Volk von der Macht fernhält.“
Edition berolina, ISBN 978-3-95841-019-0

Der Nestor der Strafrechtswissenschaft der DDR setzt sich in seinem neuesten Buch mit dem Rechtsstaat in der BRD auseinander, zunächst mit diesem Begriff selbst und mit seinem Missbrauch durch die Politiker.

Er geht von der Frage aus: was ist Recht? Daran anschließend untersucht er den Zusammenhang von Recht und Staat, behandelt die Rolle der Grundrechte entsprechend dem Grundgesetz, insbesondere das „Muttergrundrecht“ auf Eigentum gem. Art 14 GG. und das Recht auf Freiheit gem. Art. 2 GG.

Schließlich muss er im Ergebnis seiner Analysen die Frage stellen und beantworten, ob dieser Rechtsstaat in der Krise ist. Dieser Rechtsstaat ist in der Krise! An vielen Beispielen beweist Prof. Buchholz seine Behauptung. Er legt dar, wie die Politik rechtsstaatswidrig über das Recht herrscht und führt Beweise an für die „rechtsstaatliche Verlotterung“ des Rechtsstaates BRD.

Mit seinem Buch will er erreichen, dass die Menschen unseres Landes durch kritisches Nachfragen und Hinterfragen sich von Illusionen über diesen „Rechtsstaat“ befreien.

Wer künftig ernst genommen werden will in Diskussionen über den Rechtsstaat BRD, muss dieses Buch kennen. **Dr. Günter Herzog**

Von Mitglied zu Mitglied

Ganzjährig komf.**** FeWo für 2 Pers. in Sellin/Rügen in ruhig. Lage, 250 m zum Südstrand. Parken am Haus. NR; keine Haustiere.
Tel. 038303 86789 Fax #98500,
mob.015209805529.
www.achsnick.de

*

Lesenswert

**Volker Hermsdorf/Hans Modrow
Amboss oder Hammer Gespräche über Kuba (Verlag Wiljo Heinen Berlin 2015)
ISBN 978-3-95514-020-5
427 Seiten, Preis 16,- €**

Dr. Hans Modrow gehört - wie Volker Hermsdorf im Nachwort des Buches hervorhebt - zu den europäischen Politikern mit den längsten und reichhaltigsten Kuba-Erfahrungen und ist der sozialistischen Karibikinsel seit dem Sieg der Revolution dort in Solidarität und Freundschaft verbunden. Er verfügt in Kuba bis in die Gegenwart über vielfältige Kontakte, die ihn zum profunden Kenner der Geschichte und aktueller Entwicklungen machen.

Die Autoren wählten mit Bedacht für die Problemdarstellung die auflockernde Form des Interviews, auch – wie Hermsdorf bemerkt – um unterschiedliche Erfahrungen und Sichtweisen zweier Zeitzeugen verschiedener Generationen aus beiden deutschen Nachkriegsstaaten zusammenzubringen. So werden Erinnerungen, Einschätzungen und Bewertungen des Politikers Hans Modrow produktiv für die politische Diskussion in der Gegenwart in gut lesbarer und verständlicher Form im Disput dargeboten, wie man sie nicht alltäglich findet. Gerade die so mögliche, betont subjektive Darstellung von Betrachtungen und Wertungen des uns allen vertrauten DDR-Politikers (aber auch des uns inzwischen aus der Zeitung „Junge Welt“ bekannten fragenden Journalisten) sind für uns insofern von besonderem Wert, als sie im Vergleich und kritischer Betrachtung eigener politischer Entwicklungen und Erfahrungen aus der DDR vorgetragen und auch hinterfragt werden.

Uns liegt ein Report vor, der nachdenklich macht und anregt, über Sozialismus im 21. Jahrhundert nachzudenken, abseits vom politischen Mainstream, der sich uns täglich

penetrant medial aufdrängen möchte, abseits aber auch von linken „Träumereien am Kamin“.

Es ist zugleich ein gelungener Beitrag, sowohl über die DDR und ihre Geschichte nachzudenken als auch darüber, dass dem sozialistischen Kuba auch weiterhin uneingeschränkt unsere Solidarität gebührt. Es hat Anspruch darauf!

H.B.

*

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Die Redaktion behält sich sinnwährende Kürzungen vor. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 26.08.2015

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 30.09.2015

Einstellung im Internet: 08.10.2015

Auslieferung: 15.10.2015

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Postanschrift: ISOR e.V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: (030)- 29784315 Sekretariat

29784317 AG Finanzen

Fax: (030)- 29784320

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr.: 171 302 0056 BLZ: 100 500 00

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC BELADEBEXXX

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 15

Weitergeben



Mitglieder gewinnen!



Weitergeben